



Ihr/e Gesprächspartner/in: Marc Knülle, Martin Metz, Stefanie Jung

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB, FB 1, FB 2, FB 3, FB 5, FB 6, BNU

Federführung: FB 2

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am: 25.02.2016/BG

Antrag

Datum: 24.02.2016

Drucksachen-Nr.: 16/0065

Beratungsfolge

Unterausschuss "Haushaltskonsolidierung"

Sitzungstermin

19.04.2016

Behandlung

öffentlich / Entscheidung

Weitere Beratung von Einsparvorschlägen der Stadtverwaltung

Beschlussvorschlag:

Der Unterausschuss Haushaltskonsolidierung verfolgt folgende Einsparvorschläge der Verwaltung nicht weiter:

- BNU_002: Öko-Audit
- BNU_004: Umweltpädagogik
- FB1_003: Wahlen
- FB3_004: Sportstättennutzungsgebühr
- FB5_001: Willkommensbesuche
- FB5_003: Offene Kinder- und Jugendarbeit
- FB5_004: Jugendarbeit
- FB5_005: Jugendsozialarbeit
- FB5_010: Festwert IT Schulen
- FD610_003: Vermietung Lehrerparkplätze

Begründung:

Die Stadtverwaltung hat für den neu eingerichteten Unterausschuss Haushaltskonsolidierung eine Vielzahl von Einsparvorschlägen erarbeitet. Die Antragsteller begrüßen dies ausdrücklich. Die bisherigen Beratungsergebnisse bestätigen die Form eines Unterausschusses, der sich mit Einsparungen auseinandersetzen soll. Es wurden bereits Einsparungen in merklichem Umfang empfohlen, wobei klar ist, dass es sich nur um die ersten Beratungen handelt. Besonders positiv ist die Öffentlichkeit des Gremiums, da angesichts der prekären Finanzlage der Stadt und daraus resultierender Veränderungen die Einbeziehung der Öffentlichkeit von besonderer Bedeutung ist.

Aufgrund der detaillierten Vorlagen der Verwaltung können aus Sicht der Antragsteller bereits zum jetzigen Zeitpunkt einige Vorschläge ausgeschlossen werden. Die Begründung im Einzelnen dazu erfolgt mündlich. Jedenfalls besteht über den Ausschluss dieser Vorschläge die Möglichkeit, soweit vertretbar den möglicherweise von Maßnahmen Betroffenen klare Signale zu geben. Und es bietet die Möglichkeit, sich auf andere – viel versprechende – Konsolidierungsmaßnahmen zu konzentrieren. Denn weitergehende strukturelle Änderungen sind erforderlich.

Die Antragsteller machen deutlich, dass der Beschlussvorschlag allein dem Ausschluss von Maßnahmen dient, wo dies bereits jetzt möglich ist. Zu vielen weiteren Maßnahmen besteht noch Diskussionsbedarf. Dass sie nicht in dem Beschlussvorschlag genannt sind, heißt nicht automatisch, dass eine Umsetzung der Einsparvorschläge befürwortet wird.

Marc Knülle

Martin Metz

Stefanie Jung